

Bezugspreis  
Halbjährlich  
durch die Post:  
im Ortsverkehr  
und Nachbarorts-  
verkehr M. 1.40,  
außerhalb M. 1.50  
anschließlich der  
Postgebühren. Die  
Eingangsnummer des  
Blattes kostet 5 Pf.  
Ercheinungswelle  
täglich, mit Aus-  
nahme der Sonn-  
und Festtage.

Redaktion u. Ver-  
lag in Altensteig.



Unabhängige Tageszeitung für die Oberamtsbezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Anzeigenpreis:

Die übliche Zeile  
oder deren Raum  
10 Zeilen. Die  
Reklamezeile oder  
deren Raum 20  
Zeilen. Bei  
Wiederholungen  
unveränderter An-  
zeigen entsprechen  
der Rabatt. Bei  
gerichtlicher Ein-  
treibung und Kon-  
kursen ist der  
Rabatt fünfzig.

Telegramm-Adr.  
Cannenberg.

### Wehrbeitrag und Rückzahlung.

Die ungeheure und für manche Bundesstaaten ganz neue Arbeit der Veranlagung zum einmaligen Wehrbeitrag ist trotz der mancherlei Schwierigkeiten, welche diese Steuer mit ihrer etwas verwickelten Betriebsordnung bot, glatter, als man dachte, bewältigt worden, und im Bereich der preussischen Monarchie ist bereits in dieser Woche mit der Zustellung der Veranlagungsbescheide begonnen worden. Sowohl in Preußen wie in den meisten anderen Bundesstaaten dürfte diese Zustellung im wesentlichen also schon in diesem Monat, spätestens aber in der ersten Hälfte des Juni erledigt werden, sodas die Frist zur Zahlung des ersten Drittels des Wehrbeitrags, der binnen drei Monaten zu entrichten ist, im allgemeinen im August ablaufen dürfte.

Auch die Zusammenstellung der Ergebnisse des Wehrbeitrags nähert sich allenthalben dem Abschluß. In Preußen stehen zur Zeit nur noch die Nachweise aus fünf Regierungsbezirken aus, sodas sich also hier das Gesamtergebnis bald übersehen lassen wird, wovon dann freilich noch ein Abzug von fünf Prozent für nicht eingehende oder zurückzahlende Steuerbeiträge in Ansatz gebracht wird. Zuverlässige Unterlagen über das Gesamtergebnis zum Wehrbeitrag können natürlich erst dann gewonnen werden, wenn die endgültigen Ergebnisse aus allen Bundesstaaten vorliegen und geprüft und festgestellt sind, was immerhin noch geraume Zeit dauern wird.

Nachdem lassen sich schon aus den bisher vorliegenden Einzelergebnissen einige Schlüsse auf die Ergiebigkeit des Wehrbeitrags ziehen. Wenn man auch nicht alle Nebenfragen ernst zu nehmen braucht, die durch die eine oder andere Zeitung über die plötzlich entdeckten Millionenvermögen verbreitet worden sind, welche der wohlthätig wirkende Generalpardon ans Licht gebracht haben soll, so steht doch fest, das diese Abolution für früher begangene Steuerfäden vielfach einen günstigen Einfluß auf die Selbsteinschätzung ausgeübt hat. Die Ergebnisse aus etlichen Bezirken lassen ein außerordentliches Anwachsen der Steuerergebnisse erkennen, und wenn dies auch nicht überall dem Generalpardon, sondern vielfach auch der natürlichen Entwicklung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse zu verdanken sein dürfte, so hat sich diese Maßnahme der Abolution doch als so wirksam erwiesen, das es sich wohl erwägen ließe, ob man nicht auch in Zukunft von ihr in der einen oder anderen Weise Gebrauch machen sollte — zum Nutzen der Steuerzahler wie der Steuerkasse. Allein die Veranlagung des Wehrbeitrags für Großberlin hat, wie wir mitteilten, einen Betrag von 144 665 600 Mark ergeben, eine kolossale Summe, wenn man bedenkt, das der Ertrag des gesamten Wehrbeitrags in Deutschland auf eine Milliarde geschätzt wurde. Dabei wird das Hinausschnellen des Vermögensbestandes in Großberlin, sowie aus den einzelnen Meldungen zu ersehen ist, verhältnismäßig noch von dem in manchen anderen Bezirken, sogar auch in Landbezirken, übertroffen. Im übrigen wären die Ergebnisse fast durchweg zweifellos noch günstiger gewesen, wenn nicht am 31. Dez. 1913 — dieser Tag war ja für den Vermögensstand maßgebend — Wertpapiere infolge der ungünstigen Konjunktur fast durchweg einen sehr niedrigen Stand aufgewiesen hätten.

Was das Gesamtergebnis des Wehrbeitrags betrifft, so lassen sich zur Zeit selbstverständlich nur Vermutungen aufstellen, aber darüber kann wohl kein Zweifel sein, das die ursprünglich angenommene Milliarde nicht nur erreicht, sondern nicht unerheblich überschritten werden wird. Man hört denn auch schon vielfach in den Kreisen der Steuerzahler von der vermutlich erfolgenden Kürzung des letzten Drittels des Wehrbeitrags hoffnungsvoll reden, aber es dürfte vielleicht angebracht sein, diesen Optimismus zu dämpfen, um späteren Enttäuschungen vorzubeugen. Ganz abgesehen davon, das noch nicht feststeht, um wieviel der geschätzte Betrag überschritten werden wird, ist dieser im Gesetz überhaupt nicht fixiert. § 69 des Gesetzes über den Wehrbeitrag bestimmt in dieser Beziehung nur, das die Einnahmen ausschließlich zur Deckung der Kosten für die auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1913 beschlossene Verstärkung der Wehrmacht verwendet werden sollen. Als solche Kosten sollen die einmaligen und die fortwährenden Ausgaben der Jahre 1913 bis 1916 gelten, soweit diese nicht aus dem Ertrage der erlassenen oder noch zu erlassenden Deckungsgesetze oder aus laufenden Einnahmen bestritten werden können. Im zweiten Absatz des Paragraphen wird dann hoffnungsvoll verkündet: „Wenn nach dem Voranschlag für das Jahr 1915 die Einnahme aus dem Wehrbeitrag die Ausgaben, zu deren Deckung sie

bestimmt ist überschreitet, ist der Wehrbeitrag zur Kürzung des letzten Drittels des Wehrbeitrags nach Maßgabe des Reichshaushaltsgesetzes bereitzustellen.“

Es handelt sich also hierbei nicht nur um eine „spätere Sorge“, sondern für alle Fälle auch um sehr schwache Hoffnungen, denn einmal liegt wenig Anlaß vor, auf Ueberschüsse für die nächste Etatsjahre zu rechnen, und des weiteren ist bisher in der Steuergeschichte der Fall noch nicht zu verzeichnen gewesen, das sich ein Steuerertrag als zu hoch für den „Bedarfsfall“ erwiesen hat. Man wird also, wie ergiebig sich auch der Wehrbeitrag erweisen sollte, gut tun, seine allzu ausschweifenden Hoffnungen auf die theoretisch zulässige Ermäßigung des letzten Drittels zu setzen.

### Rundschau.

#### Eine Wasserleitung.

um die uns die Welt beneidet und die uns kein fremder Staat nachmacht, ist die Durchführung des jüngsten großen Wehrgesetzes gewesen. Was da geleistet worden ist, kann vielen erst durch die von allen bürgerlichen Parteien mit lebhaftem Beifall aufgenommene Reichstagsrede des preussischen Kriegsministers über die Ausführung des Wehrgesetzes recht zum Bewußtsein. Es war gut, das Herr von Falkenhayn während der parlamentarischen Erledigung des Wehrgesetzes noch nicht Kriegsminister war, seine Ernennung erfolgte erst am 6. Juli v. J.; er konnte daher desto unbesangener die Größe der Leistung rühmen. Die Pariser, Londoner und Petersburger Blätter verurteilen eine an Verstärkung grenzende Ueberraschung angesichts der unansehnlichen Zahlen- und Tatsachenangaben des Kriegsministers. Sie gestehen offen ein, das keiner der Dreiverbandsstaaten zu einer ähnlichen Leistung imstande sei. Die Erkenntnis von der Ueberlegenheit unserer Streitmacht und ihrer Entwicklungsmöglichkeit, wenn es die Umstände erfordern, ist aber die stärkste Friedensgarantie in Europa. Und deshalb hat jeder Deutsche ein Recht, auf die vom Kriegsminister geleistete Leistung stolz zu sein und sich ihrer zu freuen.

#### Die Kaiserbriefaffäre

läßt sich so leicht, wie es das Zentrum möchte, nicht von den Hochhöhen dieser Partei abschütteln. Die Abgg. Erzberger und Jäger haben zwar in längeren Schlussworten zugegeben, das sich nichts von dem, was sie zuerst über angebliche Kaiserworte zu wissen behauptet hatten, aufrecht erhalten lasse. Aber sie tun so, als ob sie sich noch Verdienste um die Aufklärung erworben hätten, und haben doch nichts weiter getan, als blind drauf los Fälschungen in der Öffentlichkeit verbreitet und mit ihrem Namen vertreten, die gerade, weil Zentrumsabgeordnete dahinterstanden, verwickelnde Wirkung ausüben konnten. In jeder andern bürgerl. Partei wäre ein parteiamtliches Strafgericht erfolgt; die Würde des Volksvertreters hätte das gefordert. Im Zentrum aber sucht man Entrüstung über die, welche tatsächlich die Fälschung aufdecken halfen, zu markieren, um von den wahren Schuldigen abzulenken. Gegenüber der Tatsache, das die Jäger und Erzberger trotz ihrer Entlarvung in der Affäre weiter als Vertrauensleute der Partei fungieren, ist es eine kleine Genugtuung, das Graf Oppersdorff den Mut hat, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Er schreibt in seiner „Wahrheit und Klarheit“ (Nr. 18 vom 3. Mai): „Die ganze Kaiserbriefgeschichte ist ein Werk von Zentrumsleuten, und nicht von belanglosen, sondern von Abgeordneten und Redakteuren, von Parteimitgliedern also, die ins Weite zu wirken berufen sind.“ Von den Blättern, die sich an den Verdächtigungen des Kaisers auf Grund der Fälschung, ohne also die gebotene Vorsicht walten zu lassen, beteiligt haben, nennt Graf Oppersdorff den „Bayrischen Kurier“, den „Bayerischen Beobachter“, die „Augsb. Postztg.“, die Korrespondenz Erzbergers, die „Allgem. Rundschau“, den „Deutschen Volksfreund“. Das sind ausnahmslos angesehenere oder führende Zentrumsorgane. Mit der Unschuld und dem Unbetheiligtsein des Zentrums ist es demnach schlecht bestellt.

#### Der Besitz der „Toten Hand“

in den Niederlanden beträgt dem kirchlichen „Vaterland“ zufolge rund 25 Millionen Mark an Immobilien und rund 488 Millionen Mark an Kapital, beides unbesteuerbar. Auch in Deutschland ist das Vermögen der Klöster und Orden nicht gering.

### Der württembergische Landtag.

Am Ende der vergangenen Woche hat der württembergische Landtag seine Tagung beschlossen, um erst wieder im Herbst zusammenzutreten. Kurz vor Tagesanbruch konnte noch die wichtige Vorlage betr. die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer verabschiedet werden. Die Erste Kammer hatte anfänglich Bedenken, trat aber schließlich doch den Beschlüssen des anderen Hauses bei. Ueberblickt man die Arbeit, die der württembergische Landtag in seinem letzten Tagungsabschnitt geleistet hat, so kann man der Volksvertretung nur Lob zollen. Sie hat fleißig und sie hat auch gut gearbeitet.

### Vom Reichstag.

Konfliktluft wehte im Reichstag. Zwar ging die Beratung des Militäretats ohne die sonst üblichen Zwischenfälle von statten, eine tiefe und, wie es scheint, vorläufig unüberbrückbare Kluft tat sich aber auf zwischen den verbündeten Regierungen und der Volksvertretung bei der Besprechung der Befoldungsanovelle. Die Kommission hatte an der Regierungsvorlage Änderungen dahin vorgenommen, das die Gehälter einiger weiteren Beamtenklassen eine Erhöhung erfahren sollten, die Regierung setzte aber dem ein „Unannehmbar“ entgegen und blieb auch fest, als der Reichstag einstimmig — ein seltener Fall! — die Kommissionsbeschlüsse gut hieß. Man darf wohl annehmen, das der Schatzsekretär von dem preussischen Finanzminister in seinem Widerstand bekräftigt wurde, da natürlich Preußen für seine Beamten die Bezüge dann auch erhöhen müßte. So kommt es wohl darauf hinaus, das die ganze Befoldungsanovelle scheitert und der verärgerte Reichstag auch den Offizieren die geforderten Stalzulagen streicht. Ob der Finanzplan des Herrn Kühn tatsächlich umgestoßen worden wäre, wenn der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstags zugestimmt hätte, sei dahingestellt — wahrscheinlich ist es übrigens nach den Erklärungen, die der Schatzsekretär in der Kommission geben konnte, nicht — im Interesse der Beamten, die nun möglicherweise noch jahrelang auf Besserstellung warten müssen, aber ist es tief bedauerlich, das es zu einer solchen Zuspitzung kommen mußte. — Die nächsten Sitzungen werden die Beratung des Etats des Auswärtigen bringen, die vom Reichskanzler mit der lang erwarteten Rede über die auswärtige Politik eingeleitet werden. Auf sensationelle Enthüllungen darf man sich aber wohl kaum gefaßt machen. Ist dann noch das Spionagegesetz und das Kernwettgesetz glücklich erledigt, so wird der Reichstag sich in die Sommerferien begeben können. Ob verlagt oder geschlossen wird, ist immer noch nicht entschieden, politische Figuren wollten wissen, das, wenn der Reichstag zur Zufriedenheit arbeite, nur verlagt werden solle, die Volksvertreter also auch den Sommer über den Vorteil freier Eisenbahnfahrt genießen sollten. Ob dieses Gerücht einen tatsächlichen Hintergrund hat, ist noch nicht festgestellt, jedenfalls aber würde eine solche Schulmeisterpraxis gegenüber der berechtigten Bitterkeit des deutschen Volkes höchst unangebracht sein.

### Barthou und die deutsch-französische Annäherung.

Der frühere Ministerpräsident Barthou verteidigte in einer jugendlichen des republikanischen Kandidaten im 11. Pariser Bezirk gehaltenen Rede insbesondere das Dreijahresgesetz und sagte u. a.: „Es gibt Leute, die von einer Annäherung an Deutschland träumen und diese Politik in ihr Programm aufgenommen haben. Unter welchen Verhältnissen, auf Grund welcher Gedanken soll sich diese Annäherung vollziehen? Ich kann nicht glauben, das es Franzosen gibt, die Anhänger einer solchen Politik sind.“ Seitens der Sozialisten waren gegen Barthou lärmende Kundgebungen veranstaltet worden.

### Russische Rüstungen.

Die Duma hat in geheimer Sitzung die Anovelle für die zeitweilige Vermehrung des Bestandes der höheren Militärschulen, für die Vervollständigung der Materialreserven der Artillerie und für die Vervollständigung der nationalen Verteidigung ohne Debatte angenommen. Auch der Gesetzentwurf betr. die Rekrutenziffer der Jahressklasse von 1914 wurde nach kurzer Debatte angenommen.





befähigte sich das englische Oberhaus. Die Ansichten waren geteilt, doch war selbst die Zahl derer keine erdrückende, die das parlamentarische Wahlrecht den Frauen gewähren wollten, die bereits das Gemeindefwahlrecht besitzen. Es wurde auch gesagt, daß die meisten Frauen der Wahlfrage ziemlich interesselos gegenüberständen. Vereinzelt Redner meinten, die Frauenrechtlerinnen seien mit den Untaten der Suffragetten ganz einverstanden, da sie keinen anderen Weg, zu ihrem Ziele zu gelangen, sähen. Der Gesamteindruck der Verhandlung war jedoch der, daß nach dem beispiellosen Ausschreitungen der Suffragetten die Stimmung für das Frauenwahlrecht auch in England auf dem Gefrierpunkt angelangt ist.

## Landesnachrichten.

Altensteig, 9. Mai 1914.

An der Ausstellung für Gesundheitspflege in Stuttgart wird sich gleich den Nachbarbezirken auch der Bezirk Nagold mit einer Kollektivausstellung beteiligen. Die Anregung dazu ging von Oberamtmann Kommerell aus, der die beteiligten Gemeinden einlud, sich zu einer Ausstellung zusammenzuschließen, in der auf die Schönheiten unseres Bezirks die Aufmerksamkeit gelenkt u. für den Luftkur- und Fremdenverkehr Propaganda gemacht wird. Die Ausstellung besteht aus Bildern, die in geeigneter Weise durch Oberamtsbaumeister Köbele in der hiesigen Turnhalle provisorisch zusammengestellt worden sind, um alsdann der großen Ausstellung in Stuttgart, die demnächst eröffnet wird, eingefügt zu werden. Oberamtsbaumeister Köbele ist es vorzüglich gelungen, aus den verschiedensten Abbildungen ein gebundenes Ganzes zu machen, das einen vorzüglichen Eindruck macht und unseren Bezirk würdig vertritt. An der Ausstellung sind insbesondere die Stadtgemeinden Nagold, Altensteig, Wildberg, Hattlerbach und Bernsdorf, sowie die Gemeinde Eshausen beteiligt. Heute vormittag fand eine offizielle Besichtigung der Ausstellung, die allseitigen Beifall fand, statt.

**Jungdeutschland, Ortsgruppe Altensteig.** Sonntag, den 10. Mai findet eine größere Geländeübung mit anschließendem Abkochen bei Wildberg zwischen den Ortsgruppen Altensteig—Herrenberg—Horb—Nagold—Sulz, gelbe Partei, und Calw—Gehingen, rote Partei, statt.

(-) **Stuttgart, 8. Mai.** (Jungdeutschland.) Bekanntlich hält der Jungdeutschlandbund seine Tagung vom 21. bis 24. Mai hier ab. Am Sonntag, dem letzten Tag der Tagung, sind bei der Solitude Kriegsspiele mit einer Parade sowie eine Begrüßung der Teilnehmer durch den König in Aussicht genommen.

(-) **Heilbronn, 8. Mai.** (Von der Jugendfürsorge.) Am 27. Mai wird der württembergische Landesverband für Jugendfürsorge hier seine Jahresversammlung abhalten. Frau Geh. Rat von Göz und Stadtpfarrer Wäterich-Stuttgart werden über die „Zusammenarbeit von Behörden und Vereinen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge“ sprechen. Der Nachmittag wird der Besichtigung gemeinnütziger Einrichtungen gewidmet sein.

(-) **Ubersfeld, O.A. Marbach, 8. Mai.** (Vermisst.) Seit Sonntag wird der Kaufmannslehrling Otto Schwabener von hier vermisst. Er hielt sich bis abends 9 Uhr noch hier auf und entfernte sich dann in der Richtung nach Großbottwar, wo er jedoch nicht eintraf.

(-) **Brackenheim, 8. Mai.** (Für unsere Weingärtner.) Zur Unterstützung notleidender Weingärtner wurden dem hiesigen Bezirk vom Wohltätigkeitsverein 6000 Mark überwiesen.

(-) **Schönbach (O.A. Brackenheim), 8. Mai.** (Sich selbst gestellt.) Der Brandstifter, der vor einigen Wochen unseren stillen Ort in solch große Aufregung versetzte, hat sich in Heilbronn selbst gestellt. Es ist der 1868 in Vietingheim geborene Schuhmachergehilfe Feleisen, der wegen Brandstiftung bereits 8 Jahre Zuchthaus verbüßt hat. Er will nur fahrlässig gehandelt haben. Durch den Brand sind 5 Wohnhäuser und 3 Scheunen und 5 Stück Vieh zugrunde gegangen.

(-) **Ulm, 8. Mai.** (Donauschiffahrt.) Um die Kleinschiffahrt auf der oberen Donau zu fördern, hat die Stadt für 50 000 Mk. Stammanteile des bayerischen Lloyd erworben.

(-) **Schramberg, 8. Mai.** (Kirchenweihe.) Als Tag der Einweihung der neuen katholischen Kirche ist vom Bischof der 8. September (Mariä Geburt) festgesetzt worden.

(-) **Balingen, 8. Mai.** (Witzschlag.) Bei dem gestrigen Gewitter schlug der Blitz kurz nach 2 Uhr in die Scheuer des Schreiners Traugott Dorch in Winterlingen. In wenigen Stunden war die Scheuer völlig niedergebrannt. Nur das Vieh und das nötigste Mobiliar konnte gerettet werden.

(-) **Jönz, 8. Mai.** (Haarwerkverholungsheim.) Die hiesige Stadtverwaltung hat den Bauplatz für das württembergische Haarwerkverholungsheim nebst einem Zuschuß von 10 000 Mark unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Demnach kann als sicher angenommen werden, daß das Heim hier erstellt wird.

(-) **Sigmaringen, 8. Mai.** (Ein Dementi.) Durch die Blätter macht eine Notiz von Scheidungsabsichten des portugiesischen Königspaars, das sich zur Zeit auf seinem Domizil in Fullweil-Bach bei Richmond aufhält, die Runde. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist daran kein wahres Wort. Die Quelle scheint dieselbe trübe zu sein, wie diejenige, die kurz nach der Heirat des portu-

gaischen Königspaars von der Erkrankung der Königin (der Königstitel wird beiden vom englischen Hof zugestanden) in so hämischer Weise zu berichten wußte.

Stuttgart, 8. Mai. (Todesfall.) Gestern abend gegen 8 Uhr ist hier Landesökonomierat Alfred Fecht gestorben. Er war der erste Landes-tierzuchtinspektor Württembergs und hat sich um das Tierzuchtwesen große Verdienste erworben.

## Deutsches Reich.

Berlin, 8. Mai. Heute mittag ist der Blitz in einen unbemannten Fesselballon der Telegraphenbatterie Nr. 5 bei Jossen gefahren. Der Ballon wurde zerstört. Menschen wurden aber nicht verletzt.

\* **Der Kaiser im Elsaß.** Der Kaiser traf am Freitag früh um 9.40 Uhr in Türlheim ein. Zur Begrüßung hatten sich eingefunden: der kommandierende General des 15. Armeekorps, v. Deimling, mit dem militärischen Gefolge, Bezirkspräsident v. Puttkamer, die Kreisdirektoren von Colmar und Nappolsweiler, sowie der Gemeinderat von Türlheim. Nach der Begrüßung fuhr der Kaiser im Automobil über Dreifahren nach Eouarg, wo die Gebirgsübungen beginnen.

Um 2 1/2 Uhr traf der Kaiser mit Gefolge im Kraftwagen von dem Gesehäftsfeld bei Eouarg kommend, über Nappolsweiler auf der Hohlkönigsburg ein. Auf der großen Freizeug vor dem Burgportal meldete sich der Statthalter von Elsaß-Lothringen, von Dallwitz, beim Kaiser, zu dessen Begrüßung sich auch Staatssekretär Graf Rüdern und der frühere Staatssekretär jetzige Schloßhauptmann der Hohlkönigsburg Frhr. Jörn von Dulac eingefunden hatten. Während des Rundgangs durch die Räume der Burg unter Führung von Professor Bodo Ebdhardt wurden besonders die neuen Wandmalereien des Malers Leo Schnug besichtigt. Vor der Burg, über der während der Anwesenheit des Kaisers ein Geschwader von 6 Straßburger Flugzeugen kreuzte, nahm der Kaiser eine Parade über 7000 elsass-lothringische Pfadfinder ab. Kurz vor 4 1/2 Uhr erfolgte die Abfahrt nach Schleifstadt, von wo gegen 5 Uhr die Abreise nach Braunschweig über Karlsruhe mittels Sonderzuges angetreten wurde.

Der Kaiser lebte abends um 7.27 Uhr von der militärischen Übung im Elsaß nach Karlsruhe zurück. Der Großherzog erwartete ihn am Bahnhof und geleitete ihn nach dem Residenzschloß, wo um 8 Uhr Fürstentafel und um 9 Uhr Marshalltafel stattfand.

Das Kaiserpaar hat abends 10.50 Uhr mit Gefolge im Sonderzug Karlsruhe wieder verlassen.

### Eine große Gebirgsübung in Anwesenheit des Kaisers.

Drei-Ähren, 8. Mai. (Oberelsaß.) In Anwesenheit des Kaisers fand heute in den Vogesen zwischen Urbeis und dem Höhenort Drei-Ähren eine große Gebirgsübung von Truppen des 15. Armeekorps statt, die der Kommandant von Deimling leitete. Die Übung endete nach mehrstündigem anstrengendem Gesecht mit einem Sturm auf das mächtige Vogesenmassiv La Rochette. Große Bewunderung erregte ein Flieger der Straßburger Fliegerstation, der von Colmar aus trotz heftiger Regengüsse die feindliche Stellung in kriegsmäßiger Höhe erkundigte.

\* **Die Kommandanturen.** Zur zweiten Beratung des Militäretats haben die Reichstagsabgeordneten Erberger, Gothein, Liesching, Vif-Ehlingen, Müller-Meinungen und Schiffer-Magdeburg beantragt, die Ansätze für die Kommandanten in Karlsruhe, Darmstadt und Königsfelden zu streichen und für Stuttgart als Kommandanten nur einen pensionierten Offizier mit 3852 Mark Stellensumme an Stelle eines aktiven Offiziers mit Gehalt, Dienstzulage und Wohnungsgeldzuschuß anzusetzen.

\* **Wohnungsfürsorge.** Die Kommission des Reichstags zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Vermögensgegenstände des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete begann am Donnerstag die zweite Lesung. Ein Regierungsvertreter betonte, daß es der Regierung unmöglich sei, den Beschlüssen der ersten Lesung zuzustimmen, an denen besonders zu bemängeln sei, daß es gestattet sein soll, auch einzelnen Unternehmern Mittel aus dem Fond zur Verfügung zu stellen. Daraus könne sich das entwickeln, was der Reichstag als Korruptionsfond bezeichne. Nachdem sich darauf die Kommission bereit erklärt hatte, jetzt von einer Erweiterung der Bestimmungen der Vorlage abzusehen, wurde die Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Gleichfalls einstimmig angenommen wurde folgende Resolution Götting, Mumm, Dr. Jäger: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf, der Vermögensgegenstände des Reiches über den Kreis der Reichs- und Militärbediensteten hinaus dem Bedürfnis entsprechend vorzulegen. Desgleichen werden die der Vorlage beigefügten Bedingungen für die Genehmigung von Bauland und Bauschulden aus dem Wohnungsfürsorgefond gebilligt.

\* **Schließung oder Vertagung?** Die Unsicherheit im Reichstag über die Frage, ob Schließung oder Vertagung eintreten wird, macht sich immer deutlicher bemerkbar und wirkt schon unmittelbar störend auf den Gang der Geschäfte ein. Im Reichstag hegt man, so wird der Kat. Ztg. aus Abgeordnetenkreisen erklärt, begreiflicherweise den lebhaften Wunsch, diesen ungewissen und für die Volkvertretung auch unwilligen Zustand möglichst bald beenden zu sehen. Davon sei auch der Reichskanzler verständigt worden.

### Beihilfen an Altpensionären.

(-) **Berlin, 8. Mai.** Der Entwurf über die Gewährung von Beihilfen an Altpensionäre wurde dem Reichstag heute zugegangen. Es ist bestimmt, daß den Altpensionären auf Antrag im Falle des Bedürfnisses eine Pensionsbeihilfe zu gewähren ist, die bei Pensionen bis zu 1500 Mark 20%, von 1500—3000 Mark 15%, bei über 3000 Mark 10% beträgt. Pension und Beihilfe dürfen zusammen nicht über 6000 Mark betragen. Den Witwen und Waisen ist auf Antrag eine Hinterbliebenenbeihilfe von 20.15 oder 10% des Witwen- und Waisengeldes zu gewähren, je nachdem dieses bei Witwen bis zu 600, 600—1200 oder über 1200 Mark, bei Halbwaisen bis zu 200, 200—400 oder über 400, bei Vollwaisen bis zu 120, 120—240 oder über 240 Mark beträgt. Witwengeld und Beihilfe dürfen nicht über 2400 Mark, Waisengeld und Beihilfe nicht über 800 Mark bei Vollwaisen und nicht über 480 Mark bei Halbwaisen betragen. Das Vorhandensein eines Bedürfnisses ist anzunehmen, wenn der Pensionär verheiratet ist oder Angehörige kraft Gesetzes zu unterhalten hat und wenn sein jährliches Gesamteinkommen 3000, bei Unterbeamten 1500 Mark nicht übersteigt.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Mai.

Am Bundesratsliche Staatssekretär Dr. Visco. Präsident Dr. Kämpf eröffnete die Sitzung um 10.20 Uhr. Eingegangen ist ein Altpensionärgezet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.) fragt, ob es richtig sei, daß zur Bekämpfung von Ehen christlicher Regemädchen mit nichtchristlichen Männern in Deutsch-Ostafrika gegen heiratsfähige Mädchen die Präzedenz angewendet werde und durch welche Maßnahmen diesen Mißständen ein Ende gemacht werden solle.

Direktor Dr. Gleim: Sollte die Tatsache sich bewahrheiten, so wird Sorge dafür getragen werden, daß der Wiederholung solcher Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften vorgebeugt wird.

Abg. Wendel (Soz.) fragt, was der Reichskanzler gegen die Mitwirkung aktiver Angehöriger der deutschen Armee bei theatralischen Aufführungen des Hilfsbundes gegen die Fremdenlegion zu tun gedenke.

Direktor Dr. Ewald: Nach amtlicher Feststellung hat der Hilfsbund gegen die Fremdenlegion im Eispalast ein Wohltätigkeitsfest veranstaltet, wobei auch ein Ausstattungsstück: die Wacht am Rhein, in Form lebender Bilder aufgeführt wurde. Von diesen Bildern beschäftigten sich zwei mit Vorgängen in der Fremdenlegion, wobei Angestellte des Eispalastes in einer der Uniform der Fremdenlegion ähnlichen Ausstattung auftraten. Soweit gesetzliche Vorschriften in Betracht kommen, ist Veranlassung genommen worden, daß die zu bedauerlichen Mißverständnissen führende Verwendung von Uniformen unterbleibe. Die französische Regierung hat analoge Maßnahmen hinsichtlich der Verwendung deutscher Uniformen bei Aufführungen in Frankreich getroffen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Darauf wird das Aufwandsentschädigungsgesetz (Ansprüchbarkeit der Familienentschädigung) in dritter Lesung angenommen. — Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Militäretats.

Gothein (F. Vp.): Das Presseverbot müssen wir bewilligen, wenn auch einmal Mißbräuche vorkommen mögen. Die Militärverwaltung darf nicht die Hand dazu bieten, die Juden von verfassungsmäßigen Rechten auszuschließen. Wir verlangen, daß die Verfassung respektiert wird. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Konf.): Die Sozialdemokratie will das stehende Heer beseitigen und es durch die Miliz ersetzen. Damit will sie auch die monarchische Grundlage unseres Heeres beseitigen. In der gesamten Fürsorge für die Angehörigen des Heeres lassen wir uns von niemand abertreffen.

Abg. v. Trampezniski (Pole): Wir erkliden in der Verfolgung der polnischen Sprache in der Armee einen Akt nationalitätlicher Gehässigkeit und stellen dem Kriegsminister anheim, auch hier Wandel zu schaffen.

Abg. Rupp-Warburg (Wirt. Vgg.): Die Entschädigungen für Wanderverschäden und Vorwanddienste müssen gleichmäßiger behandelt werden. Was die jüdischen Offiziere betrifft, so erkennen selbst die Juden an, daß die Fähigkeiten der jüdischen Mitbürger auf anderem Gebiete liegen.

Generalmajor v. Schöler: Die verbündeten Regierungen werden die Frage der Vorpannungsschädigungen prüfen. Die Flurschäden sollen so schnell wie möglich abgeschätzt werden. Die Interessen des Handwerks werden geachtet werden. (Bravo.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Der Abgeordnete Trampezniski sprach von polnischen Soldaten. Die gibt es nicht, sondern nur deutsche Soldaten. Von den Sozialdemokraten wird empfohlen, das Heer zu einem Milizheer auszubauen. Die Wehrverfassung eines Volkes muß dem Charakter des Volkes und des Landes angepaßt sein. Ein solches Experiment würde für Deutschland unheilvoll sein. (Sehr richtig.) Unsere Nachbarn verlängern die Dienzeit. Da ist ein solches Anführen geradezu unbegreiflich. (Zuruf: Theoretiker und Fanatiker verlangen ja manchmal unbegreifliche Dinge. — Sehr richtig rechts. — Ironischer Beifall bei den Soz.) Was die Beförderung von Israeliten anlangt, so wird der gegenwärtige Zustand mit Recht von den Israeliten beklagt. Auch ich beklage ihn (hört, hört), indessen handelt es sich um einen tatsächlichen Zustand. Daß er verfassungswidrig ist, muß ich zugeben, aber nicht, daß er durch irgendwelche verfassungswidrige Maßnahmen